

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Südangeln am Montag, den 25. August 2014, um 19.00 Uhr im Sitzungsraum der Amtsverwaltung Südangeln

Anwesend sind:

| | |
|-----------------------|--|
| Ausschussvorsitzender | Andreas Thiessen |
| Ausschussmitglieder | Jürgen Augustin Edgar Petersen Dörte Albrecht Karsten Stühmer Hartmut Lund Dieter Thiesen Peter Matthiesen |
| Amtsdirektor | Heiko Albert |

weitere

| | |
|--------------------------|-------------------|
| Amts ausschussmitglieder | Johannes Petersen |
|--------------------------|-------------------|

von der Verwaltung

| |
|---|
| Personalratsvorsitzende Andrea Essmann Gleichstellungsbeauftragte Maren Matthiesen Joachim Kock Svenja Linscheid als Protokollführerin |
|---|

es fehlt entschuldigt:

| |
|--|
| Ausschussmitglied Hans-Helmut Guthardt |
|--|

Beginn der Sitzung:

| |
|-----------|
| 19.00 Uhr |
|-----------|

Ende der Sitzung:

| |
|-----------|
| 21.00 Uhr |
|-----------|

Tagesordnung

1. Verwaltungsbericht
2. Beratung über die räumliche Unterbringung der Jugendfeuerwehren im Schulgebäude Tolk
3. Beratung und Grundsatzbeschluss über die Anschaffung eines Ratsinformationssystems
4. Beratung über die Kooperation mit der Stadt Schleswig und Umlandgemeinden (Stadt-Umland-Kooperation) (Anlage für 5 Amtsausschussmitglieder, die kein BGM)
5. Verschiedenes
6. Personalangelegenheiten

Ausschussvorsitzender Andreas Thiessen begrüßt die anwesenden Teilnehmer. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht geladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 1

Verwaltungsbericht

Amtsdirektor Albert informiert über folgende Angelegenheiten:

- Termin mit der KVSH wird kurzfristig abgestimmt. Soweit der Termin in Segeberg stattfindet, wird dieser zunächst mit den direkt betroffenen Gemeinden Goltoft, Taarstedt und Tolk koordiniert.
- Das Land hat aufgrund einer Reihe von Gesetzgebungen (z.B. vereinfachte Bürgerbeteiligung in der GO) das Konexitätsprinzip anerkannt. Ein finanzieller Ausgleich wurde über eine Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden geregelt. Für das Amt wird ein Ausgleich von ca. 20.000 EUR erwartet.
- Die Stromausschreibung ist für alle Beteiligten gut verlaufen. Zwei von drei Losen gingen an regionale Versorger.
- Die FAG-Änderung wird unter Berücksichtigung der Kosten der Unterkunft zu Be- und Entlastungen in den Gemeinden führen. Die Zentralitätsmittel werden um 65.000 EUR gekürzt.
- Die Grundsatzbeschlüsse zur Umsetzung des § 5 AO sind grundsätzlich in allen Gemeinden einstimmig beschlossen. Für die konkret zu beschließenden Aufgabenübertragungen und die öffentlich-rechtlichen Verträge wird kurzfristig eine Mustertagesordnung entwickelt und die Vertragsentwürfe fertiggestellt. Vor dem Hintergrund, dass absehbar ist, dass im südlichen Bereich des Amtes derzeit die Gründung eines Schulverbandes nicht in Aussicht steht, wird auch die Jugendfeuerwehr über einen öffentlich-rechtliche Vertrag (analog VHS) geregelt werden müssen.
- Für die Einrichtung einer Amtswehrführungsstelle sind im Haushalt 5.000 EUR mit einem Sperrvermerk belegt. Für die Ausstattung werden Funkgeräte für Digitalfunk, Geräte für die mobile Erreichbarkeit und ein Notebook für Ausseneinsätze benötigt. Eine Bezuschussung in Höhe von 2.500 EUR für die Funkgeräte ist eingeplant. Die verbleibenden Kosten von insgesamt 7.500 EUR sind im Haushalt bereitgestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass derzeit von Seiten des Landes ein Leitfaden für Einsatzzentralen erarbeitet wird.
- Am 04.09.2014 findet zusammen mit dem SHGT ein Gespräch zur Polizeipräsenz im ländlichen Bereich statt.
- Zur Einrichtung eines Arbeitskreises „Wegenutzungsverträge Gas“ ist erforderlich, dass die betroffenen Gemeinden einen Vertreter und einen Stellvertreter benennen.

Punkt 2

Beratung über die räumliche Unterbringung der Jugendfeuerwehren im Schulgebäude Tolk

Zur künftigen räumlichen Unterbringung zentral im Schulgebäude in Tolk haben Vorgespräche mit beiden Jugendfeuerwehren und der Schulleitung stattgefunden. Als Planungsgrundlage wurde von einem Architekten ein Konzept für eine Raumnutzung erarbeitet. Schulausschussvorsitzender Matthiesen stellt die Planung mit den jeweiligen Nutzungen vor. Die jetzige Aula und der gegenüberliegende Klassenraum im Obergeschoss sind für die Jugendfeuerwehr vorgesehen. Im Erdgeschoss unterhalb der Aula ist eine Nutzung durch die VHS geplant. Für beide Bereiche sind zusammen Sanitäreinrichtungen im Erdgeschoss geplant. Der bisherige Physikraum soll als Aula umgenutzt werden. Die Lehrküche soll durch eine Küchenzeile mit Tresenbereich und Sitzmöglichkeiten für die Essensausgabe der Grundschule ersetzt werden. Die Investitionskosten betragen insgesamt rd. 176.000 EUR. Eine Entscheidung über die Baumaßnahme mit einem entsprechenden Finanzierungskonzept sollte kurzfristig erarbeitet werden, um die Umsetzung im Winter durchführen zu können.

Der Hauptausschuss nimmt den Sachstand zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt eine abschließende Beschlussvorlage für den Amtsausschuss am 10.09.2014.

Punkt 3

Beratung und Grundsatzbeschluss über die Anschaffung eines Ratsinformationssystems

Für die Zukunftsfähigkeit der Amtsverwaltung ist nach der Einführung der Belegarchivierung im Kassenbereich Ende 2013 als nächstes die Anschaffung eines Ratsinformationssystems (RIS) geplant. Im Gegensatz zur Belegarchivierung handelt es sich hierbei nicht um ein reines verwaltungsinternes System, sondern steht auch den Gremien und Bürgern als Information zur Verfügung. Aktuell werden im Bereich der zentralen Dienste ca. 250 Sitzungen der im Amt befindlichen Gremien manuell von der Einladung, Protokoll bis zur Auszahlung der Sitzungsgelder verwaltet. Dies soll über das System standardisiert werden. Für die Gremien werden u.a. die Einladungen, Vorlagen, Protokolle für den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil digital in einem internen Bereich verfügbar gemacht. In einem Bürgerinfobereich sind die öffentlichen Informationen abrufbar.

Vorteile und Ziele der Einführung eines RIS sind also

- Schaffung klarer Strukturen zur Straffung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen,
- digitale Archivierung aller Sitzungsunterlagen,
- damit Schaffung einer ganzheitlichen Wissensdatenbank zur Nutzung durch Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit,
- somit mehr Transparenz des komplexen politischen Geschehens,
- umfangreiche digitale Recherchemöglichkeiten zu Vorlagen, Anträgen, Anfragen, Beschlüssen, Protokollen, Terminen – kurz: zu Sitzungsinhalten und –verläufen einschließlich der Historie einzelner Vorgänge für alle Beteiligten,
- hoher Bearbeitungskomfort durch jederzeitigen Zugang zu den Unterlagen über das Internet (zu nicht-öffentlichen Unterlagen passwortgeschützt nur für die jeweiligen Gremienmitglieder)

Zur Vorbereitung wurden von der Verwaltung vier innerhalb des Kreises eingesetzte Systeme bei den jeweiligen Verwaltungen von den dortigen Mitarbeitern vorgestellt. Von den als geeignet angesehenen Verfahren wurden erste Angebote eingeholt.

Im nächsten Schritt wird eine Präsentation der Firmen unter Beteiligung des interessierten Ehrenamtes – eine Einladung wird an alle Bürgermeister versandt – vereinbart.

Der Hauptausschuss nimmt den Sachstand zustimmend zur Kenntnis und befürwortet die Anschaffung eines Ratsinformationssystems. Eine abschließende Beschlussvorlage soll bis zur Amtsausschusssitzung am 13.11.2014 vorbereitet werden.

Punkt 4

Beratung über die Kooperation mit der Stadt Schleswig und Umlandgemeinden (Stadt-Umland-Kooperation)

Im Frühjahr dieses Jahres hatte der Bürgermeister der Stadt Schleswig Vertreter der Ämter Arensharde, Haddeby und Südangeln sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aller amtsangehörigen Gemeinden in das Schleswiger Rathaus eingeladen, um über die Möglichkeiten einer intensiveren Kooperation zwischen der Stadt Schleswig und dem Umland zu diskutieren. Im Bereich der Bauleitplanung existiert bereits die rechtliche Verpflichtung zu einer besonders intensiven gegenseitigen Abstimmung innerhalb eines definierten Siedlungsgebietes um die Stadt Schleswig herum. Innerhalb des Amtes

Südangeln betrifft diese Verpflichtung die Gemeinden Schaalby, Nübel, Neuberend und Tolke. In einer früheren „Schleswig-Umland-Planung“ wurde eine intensive Kooperation hinsichtlich der bedarfsgerechten Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen recht erfolgreich umgesetzt. Leider wurden diese positiven Ansätze einer engeren Zusammenarbeit in den folgenden Jahren nicht genutzt. Gleichwohl ist angesichts der heutigen und zukünftigen Herausforderungen der Kooperationsbedarf mit steigender Tendenz unbestreitbar gegeben. Nicht nur die planerischen Rahmenbedingungen, sondern auch die finanziellen Ressourcen und die folgende demographische Entwicklung zwingen dazu, verschiedene Themenbereiche auch regional zu bewerten und ggf. mit regionalen Ansätzen Problemlösungen zu unterstützen. Deshalb haben seinerzeit alle Teilnehmer an der Diskussionsrunde die Initiative des Schleswiger Bürgermeisters begrüßt und eine Arbeitsgruppe mit der Vorbereitung weiterer Entscheidungen beauftragt.

Aufgrund landesplanerischer Vorgaben sind die Bereiche „Wohnbauentwicklung“ und „Gewerbe-/Einzelhandelsentwicklung“ gewissermaßen Pflichtbestandteile der Kooperation. Einen weiteren Schwerpunkt sieht die Arbeitsgruppe im Bereich „Bildung“. Das bewusst allgemein formulierte Thema deckt den ganz konkret immer intensiveren Abstimmungsbedarf bei der Schulentwicklung ab und eröffnet Möglichkeiten der Zusammenarbeit in anderen Aufgaben und Projekten, die im weiteren Sinne bildungsrelevante Inhalte haben. Als vierter Themenblock sollen in der Kooperation „ordnungsrechtliche Angelegenheiten“ bearbeitet werden. Mögliche Beispiele sind Probleme im Zusammenhang mit der Unterbringung von Obdachlosen oder Asylbewerbern. In diesem Bereich steht die administrative Zusammenarbeit im Vordergrund.

Als dynamischer Prozess soll die Kooperation selbstverständlich für weitere Themen offen sein, sofern darüber Einvernehmen zwischen allen Beteiligten besteht.

Es schließt sich eine kurze Diskussion ein. Hierbei wird deutlich, dass der regionale Gedanke im Sinne der Solidarität im Vordergrund steht. Bürgermeister Dieter Thiesen betont aus Sicht der Gemeinde Struxdorf, dass insbesondere im Bereich der Bildung insgesamt ein gemeinsamer Ansatzpunkt aller Gemeinden im Amt zu sehen ist. Dies gilt auch für die Entwicklung der künftigen Schulstrukturen innerhalb des Amtes.

Der Hauptausschuss nimmt die angestrebte Entwicklung in der Stadt-Umland-Kooperation zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt eine einheitliche und positive Beteiligung durch ein gemeinsames Engagement des gesamten Amtsbereiches.

Punkt 5 Verschiedenes

Zur Weiterentwicklung des Rahmenvertrages mit der Neuen Arbeit Nord für standardisierte Gemeindefragen ab 2015 findet am 09.09.2014, um 17.00 Uhr ein Gesprächstermin mit den derzeit beteiligten Gemeinden statt. Weitere interessierte Gemeinden sind willkommen.

Punkt 6 Personalangelegenheiten

Der Hauptausschuss beschließt die Öffentlichkeit vom Tagesordnungspunkt 6 – Personalangelegenheiten – auszuschließen.

- siehe Protokoll nicht öffentlicher Teil –

Ausschussvorsitzender Andreas Thiessen stellt die Öffentlichkeit wieder her. Zuhörer sind nicht mehr anwesend.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Ausschussvorsitzender Thiessen die Sitzung.

gez. Andreas Thiessen
Ausschussvorsitzender

gez. Svenja Linscheid
Protokollführerin